

Können Kunden solidarisch sein?

Marianne Gronemeyer

Zur Solidarität kann man eigentlich nur ‚Ja‘ sagen. Es ist eines dieser Wörter mit einer durchweg positiven Ausstrahlung. Gegen sie lässt sich schlechterdings nicht argumentieren. Wie also kommt es, dass dieses Wort, das mir vor, sagen wir, 25 Jahren noch so leicht über die Lippen ging und als guter Grund für praktisches Handeln unanfechtbar war, mir seither im Halse stecken bleibt. Es ist für mich buchstäblich unbrauchbar geworden.

‚Solidarisch‘ bedeute „füreinander einstehend, miteinander eng verbunden“ sein, belehren mich meine Wörterbücher. Es sei abgeleitet vom lateinischen *solidus*, „dicht, fest, ganz, vollständig (s. *solide*)“, habe seinen Platz zunächst „in der juristischen Fachsprache für ‚gemeinsam haftend, verantwortlich, gegenseitig verpflichtend‘“ und sei dann verallgemeinert worden zu „gemeinsam eintretend, sich verbunden fühlend, übereinstimmend“. ‚Solidarität‘, das zugehörige Substantiv, bezeichne ein ‚Zusammengehörigkeitsgefühl“ eine „Verbundenheit“ und „gegenseitige Hilfsbereitschaft“. Wenn sie diese Wortbedeutungen hören, können Sie versuchen zu erspüren, wie sich deren Vielfalt zu dem Solidarisch-Sein von modernen Krankenkassenmitgliedern reimt. Wahrscheinlich werden Sie sich dann bereits ins Reich der Satire versetzt finden. Eigentlich ist an dem Wortgehalt wenig auszusetzen und trotzdem ist das Wort verbrannt. Sein guter Klang hat einen Sprung bekommen, er scheppert, wie eine kaputte Schallplatte. Es ist einerseits durch Übergebrauch abgewetzt, nichtssagend, zum Allerweltswort verkommen; es hat gefräßig, alle bedeutungsähnlichen Wörter, die je besondere Weisen der Verbundenheit, der Zusammengehörigkeit, der Verlässlichkeit, des Treueverhältnisses und der Gegenseitigkeit in feinsten Nuancen unterscheiden konnten, geschluckt und zu einem Einheitsbrei vermanscht, der nun ‚Solidarität‘ heißt. ‚Plastikwörter‘ nennt Uwe Pörksen diese Art von Wörtern, die als Autoritäten auftreten, und gleichzeitig völlig unfähig sind, irgendetwas bedeutungsvoll, präzise und folgenreich zu bezeichnen. Andererseits kann ein Wort aber auch dadurch verdorben werden, dass es missbraucht, dass sein Sinn mutwillig oder böse entstellt wird, dass also ein gutes Wort für schlechte Verhältnisse herhalten muss. Und genau das scheint mir der Fall, wenn Krankenkassen als Solidargemeinschaften firmieren. Fraglich, was einem Wort mehr Schaden zufügt, seine Vergleichgültigung und Verharmlosung oder seine absichtsvolle Verdrehung und Umdeutung.

Aber was wäre denn nun der substantielle Gehalt von ‚Solidarität‘, an dem unsere tatsächlichen Verhältnisse kritisch gemessen werden könnten. Was meinen wir, wenn wir diesen Begriff, ohne groß nachzudenken, hören oder benutzen? Anders als in der Freundschaft, in der die Freunde Freude und Leid miteinander teilen, gilt die Solidarität jemandem, der oder die in Not geraten ist, von Unglück ereilt wurde oder in Gefahr schwebt. Solidarität kommt erst zum „Tragen, wenn es brenzlich wird in unserem Leben“.¹ Sie ist insofern partikular und temporär, bezogen auf jeweilige, bestimmte, prekäre, Lebenslagen, nicht auf die ganze Existenz eines anderen Menschen. Unter Freunden gilt, dass die Anteilnahme am andern, nicht danach fragt, ob er/ sie unverschuldet oder selbstverschuldet ins Unglück geriet. Die Solidargemeinschaft reagiert dagegen durchaus sensibel auf die Schuldfrage. Ich kann mich, sogar halbwegs mit Anstand, aus der eingegangenen Selbstverpflichtung entlassen, oder ich kann von der in einer Gemeinschaft geltenden

Solidaritätspflicht entbunden werden, wenn der Hilfsbedürftige sich in seinen Schlamassel mutwillig selbst reingeritten hat. Das ist vielleicht moralisch nicht besonders respektabel, erinnert aber daran, dass die Solidarität, kein Liebes- sondern ursprünglich ein Rechtsverhältnis ist, in dem die Zuständigkeiten füreinander bestimmten Regeln unterliegen. (Im Krankenkassenmilieu: Raucherei, Alkoholexzesse, Übergewichtigkeit, an die mangelnde Vorsorgedisziplin. Was ist, wenn man es an der ,Verantwortung für die eigene Gesundheit mangeln läßt?)

Solidarität ist also ein Beistand in Not, zu dem ich mich gegenüber einem oder mehreren Anderen verpflichtet weiß. Sei es, dass ich mir diese Verpflichtung im Angesicht/ in Ansehung der Not des Anderen hier und jetzt selbst auferlege, sei es dass die Pflicht dem Anderen gegenüber aus einer Abmachung, die wir für den Gefahrenfall getroffen haben, resultiert. Sie kann geübt werden unter gleichermaßen Betroffenen, die eine Schicksalsgemeinschaft bilden und, statt die eigene Haut auf Kosten ihrer Leidensgefährten zu retten, ihre schwachen Kräfte vereinen, füreinander eintreten und gemeinsam der Gefahr widerstehen. Oder sie ist ein Verhältnis zwischen Ungleichen, bei dem die von Unglück Verschonten aus Dankbarkeit oder aus einem Gefühl von Gerechtigkeit, aus Anstand oder aus Mitleid ihren ins Unglück geratenen Mitmenschen: Katastrophenopfern, Armen, Verfolgten oder sonst wie Benachteiligten, beispringen.

Jedenfalls: Solidarität ist kein Sonntagsspaziergang. Sie ist eine Haltung, die den Eigennutz mildert und sich im Tun bewähren muss. Die solidarisch miteinander Verbundenen müssen sich übrigens nicht unbedingt mögen. Sympathisch müssen sie nur in dem Sinne sein, dass, sie Leid miteinander teilen. Das Band, das sie verbindet, ist eine freiwillig eingegangene Pflicht, die einen sogar einklagbaren Anspruch auf Gegenseitigkeit enthalten kann. Auch darin unterscheidet sie sich von der Freundschaft, die auf Zuneigung beruht und die sich verausgaben kann, ohne Gegenleistung zu erwarten oder gar zu fordern. In gewisser Hinsicht, eben weil sie nicht auf Sympathie beruht, könnte man sogar sagen, dass Solidarität zu üben schwerer ist, als Freundschaft zu pflegen. Sie ist nicht eine Minderform der Freundschaft, sondern etwas ganz Anderes.

Nach der einen Seite muss sie also abgegrenzt werden gegen die Freundschaft, gegen das Erbarmen, und gegen das Mitleid. Nach der anderen gegen jene Pseudosolidarität, die unter institutionalisierten, verwalteten, zwangsverpflichteten, Beitragszahlern und ,kundifizierten' Leistungsempfängern hergestellt wird. Welch ein Unterschied, ob ich - aus einem eigenen Beweggrund - für jemanden eintrete oder ob ich in einen Verein eintrete, der das wechselseitige Füreinander-Eintreten nach wesentlich ökonomischen Gesichtspunkten und fragwürdigen Gerechtigkeitskriterien organisiert. Ob ich mich einem Anderen gegenüber verpflichte oder ob ich zwangsweise verpflichtet werde. Ob ich tätige Hilfe im Notfall übe oder einen - allerdings erheblichen - Beitrag an einen Wirtschaftsbetrieb entrichte, der auf die verfahrensförmige Abarbeitung von Notlagen spezialisiert ist. Ob ich einer Schicksalsgemeinschaft angehöre oder einer Kundschaft, die sich auf dem Gesundheitsmarkt tummelt und dessen Angebote mustert.

In der Vorbereitung auf diesen Vortrag stellte ich einigermaßen verwundert fest, dass ich von meiner Krankenkasse nichts weiß und nichts verstehe. Ich weiß nichts von der Art, wie sie organisiert ist; wem sie einerseits untertan ist und wem sie andererseits verpflichtet ist; welchen Vorstellungen von gerechter Verteilung sie folgt; nach welchen Kriterien sie Geld einfordert und verausgabt; ob sie auf

die Seite des Profitstrebens gehört, oder auf die Seite der Sorge um die Benachteiligten; welche Auffassung sie überhaupt von ihren Mitgliedern hat; wie groß sie ist; wo sie ihren Sitz hat und wie der aussieht; wie viele Mitarbeiter sie hat, und wovon die bezahlt werden, (von meinem Geld? Bin ich vielleicht deren Arbeitgeber? Und warum weiß ich dann davon nichts?); ich weiß nicht einmal, wieviel Geld ich monatlich an sie bezahle und was ich dafür kriegen würde, wenn es ernst wird. Und am allerwenigsten weiß ich von jenen, denen ich solidarisch verbunden sein und auf deren Solidarität ich trauen soll und die vice versa mit mir rechnen. Ich bin meiner Krankenkasse gegenüber vollständig ignorant und bezahle meinen Beitrag für sie, ohne mit der Wimper zu zucken, um sie mir vom Halse zu halten. Das ist beinahe ein magisches Ritual, eine Art Ablass. Wenn ich zahle, was diejenigen, die gesundheitlich schlechter dran sind als ich, aufbrauchen können, dann bleibe ich zur Belohnung hoffentlich gesund und gerate nicht in die Fänge dieser undurchschaubaren und offenbar machtvollen Instanz, die bei Fragen von Tod und Leben ein beachtliches Mitspracherecht hat. Ich habe eine enorme Berührungsangst gegenüber diesem unbekanntem und unheimlichen Wesen und ziehe meine Ignoranz, solange es gut geht, vor. Aber ich versichere Ihnen, mit Solidarität hat meine Zahlungsmoral nicht das Geringste zu tun. Die Berührung mit meiner Krankenkasse ist seit Jahren auf dem Null-Niveau. ... Seit ich, um meinen Beitrag nicht ins unermessliche wachsen zu lassen, 1000 EURO pro Jahr selbst bezahlen muss, ehe ich bei ihr überhaupt um irgendeine Zuwendung nachsuchen könnte, beschränkt sich mein Kontakt zu ihr auf die Beitragszahlung, und hoffentlich bleibt es noch eine gute Weile so. Ich handle mir vielleicht den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit und Unmündigkeit ein, aber ich habe nicht die geringste Lust, meiner Krankenkasse gegenüber verantwortlich und mündig zu werden, um sie zu bessern: es sei denn, ich könnte mich entschließen, mich auf und davon zu machen, also Krankenkassendeserteurin zu werden und eine wirkliche Solidargemeinschaft zu gründen.

Mein Bruder zum Beispiel sieht das ganz anders. Er war Zeit Lebens ein geplagter Mensch, den gesundheitliche Unglücke reihenweise ereilten. Er ist gewissermaßen ein Krankenkassenmillionär und dankbar gegenüber den Krankenkassengenossen, die ihm ermöglichten, sich immer wieder teuren Behandlungen und Operationen zu unterziehen, und sich exorbitant teure Medikamente zu leisten. Er hat dabei ein schlechtes Gewissen und opponiert gegen Auswüchse des Medizinwesens, das ihm Wohltaten zuteil werden lässt, von denen er nicht weiß, ob es überhaupt welche sind und ob sie ihm als leidenden Menschen gelten oder der Mehrung des Profits von irgendwem.

Mein Fazit aus diesen Vorüberlegungen: Krankenkassenmitglieder können als solche nicht solidarisch sein (es ist nicht einmal sicher, dass sie nicht Mitglieder einer kriminellen Vereinigung sind). Und: Krankenkassen können nicht als Solidargemeinschaften durchgehen.

Dieses Fazit will ich drei Punkten in begründen:

Erstens: Solidarität sei ein **Beistand** in Not, haben wir festgestellt. Um Beistand leisten zu können, muss ich in eine persönliche Beziehung zu einem oder mehreren benennbaren und erkennbaren Anderen, deren Not ich mich angehen lasse, treten. Die Solidarität erlaubt allerdings viele Spielarten dieser Bezüglichkeit: persönliche Involviertheit oder nur ideelle Unterstützung, leibhaftige Beteiligtheit oder ein eher abstraktes Interesse, unterschiedliche Grade von Nähe und Distanz. Der Begriff der Solidarität ist viel dehnbarer als der der Freundschaft. Solidarisch kann ich

sogar mit notleidenden oder unterdrückten Anderen sein, die ich nicht kenne und denen ich nie begegnen werde. Es mag sogar sein, dass Solidarität vergeldlicht werden kann, dass also solidarisches Handeln in besonderen Fällen durch Geldzahlung substituiert werden kann, obwohl ich das bezweifle. Sind die von Katastrophenspektakeln im Fernsehen ausgelösten Spendenwellen Akte der Solidarität oder nicht? Das ist eine diskussionswürdige Frage.

Jedenfalls verträgt Solidarität ihrem Wesen nach distanziertere, um nicht zu sagen, abstraktere Formen der Bezüglichkeit als die Freundschaft, die ja ohne das bestimmte, unverwechselbare leibliche Gegenüber, zu dem ich ‚Du‘ sage, und in dem ich mich spiegele, um ‚Ich‘ sagen zu können, nicht zustande kommt. Solidarisch kann ich dagegen mit ‚Jenem-da‘ oder ‚Jener-dort‘ sein, also mit Menschen, von denen ich in der dritten Person spreche. Aber ganz gewiss findet Solidarität nicht statt in einer Zwangsgemeinschaft von Beitragszahlern, die durch ihre Zahlungsbereitschaft sicherstellen, dass sie im Ernstfall selbst nicht zahlungsunfähig werden, die voneinander nichts wissen oder wissen wollen. Die Möglichkeit, füreinander einzutreten, einander zu vertrauen, füreinander verlässlich zu sein erübrigt und verflüchtigt sich in solchem Zwangsverbund in dem Maße, wie dessen Mitglieder samt ihren Geldbeiträgen zu Funktionsgrößen in einem optimierten Verfahren zur ‚gerechten‘ Allokation beschränkter Mittel umgedeutet werden. In diesem Verfahrensmilieu wird der Anspruch, solidarisch sein zu wollen, zum ärgerlichen Störfall.

Zweitens: Es geht in der Institution Krankenkasse also nicht um **Beistand**, sondern um ein unentwegt optimierbares Verfahren zur Verteilung knapper Ressourcen, in dem die Beteiligten auf Verfahrensförmigkeit zugerichtet werden müssen. Es geht aber auch nicht um **Not**. Es sind nicht **notleidende oder gefährdete Menschen**, die sich zu einer Gefahrengemeinschaft zusammenschließen, sondern **bedürftige Merkmalsträger**, die verfahrensgerecht zusammengeschlossen werden. Der Unterschied zwischen ‚sich zusammenschließen‘ und ‚zusammengeschlossen werden‘ ist wirklich bedeutsam. Es geht um nichts Geringeres als um das Aussterben und den Mißbrauch der reflexiven Verben: Wir haben es zugelassen, dass in unserer Alltagssprache dieser entscheidende Unterschied zwischen dem reflexiven und dem passiven Gebrauch der Verben sich bis zur Unkenntlichkeit verschliffen hat. Wir haben uns damit abgefunden, es für ungefähr dasselbe zu halten, ob ich ‚mich anpasse‘ oder ‚angepasst werde‘, ‚mich bilde‘ oder ‚gebildet werde‘, ‚mich heile‘ oder ‚geheilt werde‘, ‚ich bewege‘ oder ‚bewegt werde‘, ‚mich fernhalte‘ oder ‚ferngelassen werde‘. Für den dramatischen Bedeutungsunterschied sind wir nicht mehr hellhörig. Tatsächlich aber geben wir uns damit als handelnde Menschen auf und begnügen uns damit, behandelte zu sein. Diese Nachlässigkeit disponiert uns dazu, uns unter Zwang frei zu wähnen.

Ebenso fatal ist es, den nicht minder dramatischen Unterschied zwischen Not und Bedürftigkeit zu ignorieren. Zur Bedürftigkeit wird man diagnostiziert. Not erleidet man. Institutionelle ‚Hilfe‘ ist nicht Hilfe in Not, sondern Hilfe zur Beseitigung eines Defizits. Der Anlass der Hilfe ist nicht der Hilferuf eines Not leidenden Menschen, sondern eine von außen, genauer von Experten gestellte Hilfsbedürftigkeitsdiagnose. Ob jemand Hilfe braucht, entscheidet sich daran, ob und wie weit er oder sie vom Standard der Normalität abweicht. Und was in einer Gesellschaft als normal gilt, was als gerade noch tolerable Abweichung und was als gänzlich intolerabel und darum behandlungs- oder besserungsbedürftig, entscheidet eine Kaste von Experten, die sich das Recht herausnimmt, der

es aber zugestanden wird, Normalität zu dekretieren. Not, Leid, Schmerz, aber auch die Fähigkeit Leid zu erleiden und zu ertragen, sind aus den Rechenoperationen der Mittelzuteilung verschwunden. Was zählt ist die Standardabweichung. Aber mit Standardabweichungen kann man nicht solidarisch sein. Der Zusammenhang zwischen meiner ‚Beitragssolidarität‘ und meinem eigenem und anderer Leute Leiden ist völlig undurchschaubar. Was weiß ich denn, wo das Geld, das ich beisteuere, damit Leid gemindert wird, bleibt: zu großen Teilen verschwindet es in den Profitraten der Pharmaindustrie, des medizinisch-technischen Komplexes, in Verwaltungsapparaturen und in den Taschen von Leuten, die sich darauf spezialisiert haben, sich am Leid Anderer zu bereichern. Aber mit der Pharma-Industrie will ich nicht solidarisch sein.

Drittens: Es ist üblich geworden - und wird kaum noch beanstandet -, ärztliches Handeln, als Dienstleistung zu rubrizieren, die den Empfänger dieses Dienstes zum Kunden, zur Kundin stempelt. Das gleiche gilt für die Mitgliedschaft in einer Krankenkasse. Auch sie bewirkt die wundersame Verwandlung von Bürgern zu Kunden. Diese Sprachregelung ist erstaunlich offenherzig, denn sie sagt exakt, was Sache ist. Patienten im Sprechzimmer und Mitglieder von Krankenkassen sind zu reinen Konsumenten geschrumpft. Kunden können nicht solidarisch sein, denn sie verlangen nach Waren, Produkten oder Dienstleistungen, die notorisch knapp sind. Das haben Waren so an sich, dass es nie genug davon gibt; und das haben Kunden so an sich, dass ihre Bedürfnisse unersättlich sind und sie mit ihresgleichen um knappe Ressourcen rivalisieren. Kunden können nicht solidarisch sein, sie sind neidisch. Und das ist nicht ihrem Charakter anzulasten, sondern der Logik des Konsumismus.

Durch ihre Beitragszahlung werden die Gesundheitskunden zu einer gewissen Teilnahme an dem Kuchen, der im Gesundheitssystem zur Verteilung ansteht, ermächtigt. Das ist das äußerste, was man ihnen zubilligt. Es ist aber nicht die Teilnahme, sondern die Teilgabe, die die Grundlage der Solidarität bildet. Teilgabe meint: Zugang zu und Beteiligung an den Entscheidungen und Gestaltungen, die meine gesellschaftliche Existenz betreffen. Teilgabe hat zur Voraussetzung und zur Konsequenz, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse verantwortbar sind, was sie für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder de facto nicht sind. Denn verantwortlich kann ich nur für das sein, was in der Reichweite meiner Einflussmöglichkeiten liegt. Der große jüdische Religionsphilosoph Emmanuel Lévinas nennt die Verweigerung der Teilgabemöglichkeit Gewalt: „Gewalt steckt nicht nur im Herren, der den Sklaven misshandelt, in einem totalitären Staat, der seine Bürger erniedrigt, in der kriegerischen Eroberung, die Menschen knechtet. **Gewaltsam ist jede Handlung, bei der man handelt, als wäre man allein: als wäre der Rest des Universums nur dazu da, die Handlung in Empfang zu nehmen; gewaltsam ist folglich auch jede Handlung, die uns widerfährt, ohne dass wir in allen Punkten an ihr mitwirken.**“ (Hervorhebung M.G.) (E. Levinas, *Schwierige Freiheit*, Jüdischer Verlag 1996 2. Auflage)

Und worauf ist zu hoffen, angesichts dieser düsteren Lagebeschreibung:

„Hoffnung ist wie die Flamme einer Kerze; sie ist in der Dunkelheit wichtiger denn bei Tag“ sagt John Berger. „Doch, so scheint mir, ist die Nahrung dieser Flamme nicht eine optimistische Sicht der Zukunft, ganz im Gegenteil: Zuerst und vor allem ist es die Treue zu den Toten, zu dem, worauf sie hofften, was sie erlitten, was sie erkämpft haben. Hoffnung ist verbunden mit dem Gefühl der

Komplizenschaft mit anderen, unzähligen anderen: mit den Lebenden, den noch Ungeborenen und den Toten, die alle gleichermaßen anwesend sind. Und es ist gerade die Gleichheit in dieser Anwesenheit, an der sich Hoffnung entzündet.“ (Pepe Egger: *John Berger. Der Philosoph der einfachen Dinge*, in: Tagesspiegel, 29.10.2014)

Aber ohne diese Anwesenheit hat Solidarität keine Chance.